



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Thimme, Friedrich: Zweiter offener Brief an Herrn von Heydebrand und
der Lase

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zweiter offener Brief an Herrn von Heydebrand und der Lase

Von Dr. Friedrich Thimme



Wohin ist unter Ihrer Führung die konservative Partei geraten? Es besteht die dringende Gefahr, daß sie den inneren Zusammenhang mit ihren beiden ursprünglichen Basen, mit Thron und Altar, Monarchie und Christentum zum guten Teil verliere. Gewiß, die konservative Partei erklärt noch immer, an beiden fest und unerschütterlich festzuhalten, sie will auch nicht das kleinste Tüttelehen der Thronrechte aufgegeben sehen, und ihr Programm stellt bis auf den heutigen Tag die „praktische Betätigung der christlichen Lebensanschauung auch in der Gesetzgebung“ in den Vordergrund. Aber es kommt nach den biblischen Worten nicht auf das Bekenntnis, sondern auf die Tat, nicht auf den Buchstaben, sondern auf den lebendigen Geist an. Und welches ist denn der wahre Sinn der Monarchie von Gottes Gnaden, die die konservative Partei nach dem Livoliprogramm unangetastet wissen will? Doch sicherlich nicht der, daß der Monarch in einem mystischen Verhältnis besonderer Berufung und Erleuchtung durch Gott steht, sondern der, daß die Krone ihr Amt nach den Richtlinien, wie sie Gott in seinem Worte klar und erkennbar für immer gegeben hat, mit anderem Worte, nach göttlichem Vorbilde ausübt. Vor Gott aber sind sämtliche Menschen gleich, ohne irgendeinen Unterschied der Geburt, des Standes oder gar des Besitzes; vor Gott ist der Geringste wahrlich nicht weniger geachtet wie der Höchste; läßt er doch seine Sonne aufgehen über die Bösen und über die Guten und regnen über Gerechte und Ungerechte. Vor Gott bedeutet das willige Scherflein der armen Witwe unvergleichlich viel mehr als die kostbarsten Gaben der Reichen; überhaupt gilt die Verheißung des Evangeliums ganz vorzugsweise den Entrechteten und Armen: die letzten werden die ersten und die ersten werden die letzten sein! Wir dürfen mit Freuden konstatieren, daß diese innere und durchgeistigte Auffassung des Gottesgnadentums, die einzige, die in

unseren Zeiten noch einen Sinn und eine Berechtigung hat, von je in dem preußischen Königtum, dem sozialen Königtum par excellence, gelebt hat; auch ein Friedrich der Große, der Zweifler und Spötter, hat sich mit Stolz als einen König der Armen, un roi des gueux, bekannt. Keiner der Hohenzollern aber hat dies richtig verstandene Gottesgnadentum so bewußt seiner Regierung zugrunde gelegt, wie Wilhelm der Zweite. Die Februarerlasse von 1890, die den Grundsatz der vollen sozialen und politischen Gleichberechtigung der arbeitenden Volksklassen proklamierten, das große und staunenswerte Werk der sozialen Gesetzgebung, das durch die kaiserliche Initiative trotz aller Störungen und Hemmungen immer wieder, bis zum Ausbruch des Krieges und in diesem selbst vorwärtsgeführt ist, das leuchtende Wort des Kaisers aus dem Kriegsanfang, daß er keine Parteien, nur noch Deutsche kenne, also jedwede unterschiedliche Bewertung zwischen nationalen und nichtnationalen Parteien, zwischen Konservativen und Sozialdemokraten als ein für allemal aufgehoben betrachte, die preußische Thronrede vom Januar 1916, die dem Geiste gegenseitigen Verstehens und Vertrauens als der Vorbedingung für die gemeinsame Arbeit des ganzen Volkes am Staate und damit für die Volkseinheit mit aller Eindringlichkeit das Wort redete, die Friedensbotschaft vom Dezember 1916, die aus dem tiefsten Gefühl der Verantwortung heraus, wie es eben nur ein Hohenzoller empfinden kann, den Willen zum Frieden kund gab, die Osterbotschaft endlich, die das Klassenwahlrecht mit seiner ausgesprochen mammonistischen, durch und durch unchristlichen Tendenz völlig preis gibt und endgültig die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes zum Grund- und Eckstein der Staatsneubaues erklärt: alles, alles dieses stellt sich dar als ein Ausfluß eines wirklichen und wahren Gottesgnadentums. Ein solches Königtum von Gottes Gnaden kann natürlich nach seinem innersten Wesen und nach seinem hohen Vorbilde auch nicht in erster Linie darauf aus sein, möglichst viel von Vorrechten an sich zu raffen und ängstlich festzuhalten, es wird und muß vielmehr einem treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volke, um mit den Worten der Osterbotschaft zu reden, das rückhaltlose Vertrauen entgegenbringen, das es verdient, d. h. es wird ihm und seiner gesetzmäßigen Vertretung alles dasjenige, und sei es auch auf Kosten der eigenen Vorrechte, an Volksrechten einräumen, was die freie und freudige Mitarbeit aller Volksglieder in Tat und Wirklichkeit umzusetzen geeignet ist. Wenn so nach dem göttlichen Vorbild alle gute und alle vollkommene Gabe von oben her, von einem Kaiser- und Königtum von Gottes Gnaden herab kommt, sollte das eine Minderung der Macht und des Ansehens der Krone bedeuten können, müßte es nicht vielmehr die Autorität der Krone tausendfältig steigern und in dem Herzen des Volkes immer tiefer verankern?

Welche Stellung aber nimmt die konservative Partei, Herr von Heydebrand, zu diesem Königtum von Gottes Gnaden, wie es offensichtlich unser Kaiser und König auffaßt, ein? Sie werden es nicht leugnen wollen und können: Unter

Ihrer Leitung folgt die konservative Partei diesem Königtum nur höchst unwillig und zögernd. Keine andere Partei hat der vollen politischen und sozialen Gleichberechtigung aller Volksklassen, vor allem auch der Arbeiterschaft, von Anfang an so sehr widerstrebt, als die konservative. Keine hat sich noch während des Krieges den sozialen Fortschritten, wie sie u. a. mit der Einführung des Hilfsdienstgesetzes als eine Probe für die Zukunft verbunden wurden, keine der freieren Stellung der Gewerkschaften, die durch ihre patriotische, hochverdienstliche Haltung vollauf gerechtfertigt war, so schroff widersetzt. Keine hat sich so sehr gegen die Gleichstellung der „nationalen“ und der „nicht nationalen“ Parteien gestraubt, ist noch heute so sehr darauf aus, die Kluft zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien wieder von neuem aufzureißen und als innerpolitischen Hebel auszunutzen. Keine einzige andere Presse hat die kaiserliche Initiative bei der Friedensbotschaft, hat die Osterbotschaft so frostig, um nicht zu sagen so mißvergnügt und unfreundlich aufgenommen, wie die konservative mit ihren alldeutschen Anhängeln. Das kaiserliche Handschreiben an den Kanzler vom 31. Oktober 1916, das die Initiative Wilhelms des Zweiten bezüglich des Friedensangebots im hellsten Licht erstrahlen ließ, wurde von den „Alldeutschen Blättern“ mit den Worten glossiert: „Wir können es im Interesse der nächstbeteiligten Person in jeder Hinsicht und nach allen Richtungen hin nur auf das tiefste bedauern, daß dieses Schreiben zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht ist.“ Und die „Kreuzzeitung“ wußte, als die Osterbotschaft erschien, weiter nichts zu sagen als: „Einen Halt auf dem weiteren Wege zur Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen und zur vollen Demokratisierung Preußens und Deutschlands vermögen wir — darin bestärkt uns auch diese neue, nicht unerwartete Erfahrung — von der Politik des Reichskanzlers nicht mehr zu erwarten.“ Muß es hiernach erst gesagt werden, daß der königlichen Willensmeinung auf eine durchgreifende Reform des preußischen Wahlrechts wiederum keine Partei so feindlich gegenübersteht wie die konservative? Sie aber, Herr von Heydebrand sind, das haben Ihre Reden nur zu deutlich gezeigt, die Seele dieses hartnäckigen, wenngleich vollkommen aussichtslosen Widerstandes. Sie haben auf die Ankündigung der Wahlreform durch die Thronrede am 17. Januar 1916 mit erregten Worten erwidert: „das ist einfach unverantwortlich!“ Sie haben eben damals ein förmliches Hohelied auf das Dreiklassenwahlrecht gesungen, das eine den Bedürfnissen des Landes fast ideal entsprechende Gestaltung der preußischen Volksvertretung — in Wahrheit doch nur das Zerrbild einer Volksvertretung! — zur Folge gehabt habe. Sie haben in Ihrer Frankfurter Rede vom August v. J. noch die Forderung erhoben, daß dem preußischen Wahlrecht die preußische Eigenart erhalten bleiben müsse, als ob nicht das Klassenwahlrecht mit seiner einseitigen Bevorzugung von Besitz und Einkommen dem ersten Grundsatz wahren Preußentums, dem Grundsatz auch unseres Hohenzollernhauses, dem *Suum cuique* ins Gesicht schlug. Sie sind, wenn ich recht unterrichtet bin, auch heute noch, nachdem dieses durch und durch

unfittliche, mit dem Geist des Christentums vollkommen unvereinbare Klassenwahlrecht auch durch den Mund des preußischen Königtums gerichtet, nachdem es klipp und klar aufgegeben ist, willens, an einer Abstufung des Wahlrechts, die sich in erster Linie auf Besitz und Einkommen gründet, festzuhalten. Ja, glauben Sie denn, Herr von Heydebrand, daß Sie auf diesem Wege denjenigen Teil der Konservativen, denen es noch eine ernste Herzenssache um eine praktische Betätigung des Christentums ist, und denen nun durch das Vorgehen der Krone das Gewissen geschärft ist, bei der Partei festhalten könnten? Ich darf Sie daran erinnern, daß der „Reichsbote“, der leider fast das einzige konservative Blatt ist, das getreu den alten konservativen Traditionen, das Christentum zur Richtschnur allen öffentlichen Lebens erheben will, gegen die Ihnen so nahe stehende „Kreuzzeitung“ ausführen mußte: „Daß sich die Steuerleistung besser als jede andere Leistung zur Grundlage des Wahlrechts eigne, ist eher einer mammonistischen, vom christlichen Standpunkt zu bekämpfenden als einer christlich-konservativen Staatsauffassung würdig.“ Rückhaltlos stimmt der „Reichsbote“ bei der Besprechung der von mir in diesen Blättern mehrfach vertretenen Vorschläge zur Einführung eines nach der gesamten staatlichen und sozialen Leistung abzustufenden Wahlrechts (Vorschlägen, die vor Jahr und Tag vielleicht eine geeignete Basis für eine den konservativen Interessen gerecht werdende Lösung der Wahlrechtsfrage geboten hätten, für die aber heute, dank Ihrer intransigenten Haltung die Zeit völlig verpaßt ist), meiner Auffassung zu, daß das Dreiklassensystem dem preußischen Grundsatz „Jedem das Seine“ auf keine Weise entspreche. Die klare Erkenntnis, daß die im konservativen Livoliprogramm geforderte praktische Betätigung der christlichen Weltanschauung in der Gesetzgebung die völlige Umgestaltung des preußischen Wahlrechts zur gebieterischen Notwendigkeit mache, ist heute vor allem auch in den kirchlichen Kreisen weit verbreitet, man darf ruhig sagen, herrschend. Vielleicht gibt Ihnen, Herr von Heydebrand, die Äußerung eines Führers der rechts stehenden hannoverschen Geistlichkeit doch etwas zu denken, der in der „Hannoverschen Pastoral-Korrespondenz“ vom 15. August 1916 schrieb: „Es ist selbstverständlich, daß wir vom Standpunkt des christlichen Glaubens — welches auch immer unsere persönliche Anschauung sein möge — nicht den geringsten Grund haben, das alte Wahlrecht zu konservieren. Wehe der Kirche, wenn sie den Schein auf sich laden würde, als ob sie mit der Reaktion — das Wort in üblem Sinne genommen — sich verbinden wollte.“ Als ebenso selbstverständlich für jeden Christen und Geistlichen bezeichnet derselbe kirchliche Führer es, daß man jeden sozialen Fortschritt — hören Sie, Herr von Heydebrand, jeden! — mit Freude und tätiger Hilfe begleite. Sie mögen danach ermessen, welche Massenflucht gläubiger Christen und Pastoren aus der konservativen Partei eintreten müßte und würde, wenn diese unter Ihrer Leitung dabei beharren sollte, für ein sozial ungerechtes Wahlrecht einzutreten, oder sich in der sozialen Frage, wie es leider, ungeachtet der dringendsten Warnungen echt konservativer Männer, wie

des prächtigen alten Dietrich von Derßen und konservativer Blätter, wie des „Reichsboten“, immer mehr den Anschein gewinnt, auf die Unternehmenseite zu stellen. Daß die konservative Partei auf diesem Wege auch den letzten schwachen Zusammenhang mit der christlich-nationalen Arbeiterschaft verlieren würde, der einst unter Stoecker so erfreulich stark war, liegt klar zutage. Mit aller Deutlichkeit hat die christlich-nationale Arbeiterschaft es jüngst ausgesprochen*), daß sie für die Einführung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhaus, für die volle politische und soziale Gleichberechtigung der Arbeiterschaft mit den übrigen Klassen, für die Umbahnung eines gedeihlichen Verhältnisses auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zum Staat und für Aufrechterhaltung der Gemeinschaftsarbeit mit den freien Gewerkschaften über den Krieg hinaus ist. Die christlich-nationale Arbeiterschaft sieht weiter das größte vaterländische Interesse darin, wenn irgend möglich gerade das zu verhindern, worauf Ihre Politik, Herr von Heydebrand, ich will nicht sagen abzielt, aber ganz unausweichlich hinführt, daß nämlich nach dem Kriege die stärkste Partei in Deutschland wieder bellend neben dem Staatswagen herläuft. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat endlich mit vollster Bestimmtheit dokumentiert, daß sie in allen innerpolitischen Zukunftsfragen wie ein Mann geschlossen hinter dem Kanzler steht!

Ihre Politik, Herr von Heydebrand, bedeutet also den Bruch nicht bloß mit dem Geist des Christentums, nicht bloß mit den eigenen Traditionen der konservativen Partei, insofern sie die praktische Betätigung der christlichen Lebensanschauung in der Gesetzgebung kategorisch fordern, sondern damit auch den Bruch mit allen wahrhaft christlich und kirchlich gesinnten Kreisen, die die christlichen Grundsätze befolgt, nicht bloß gepredigt wissen wollen. Ich fürchte, Herr von Heydebrand, Ihre Politik bedeutet aber auch den Bruch mit der Monarchie. Letzten Endes richtet sich die jedes Maß und Ziel überschreitende Kritik, die Sie an der Reichsregierung, d. h. an dem Kanzler üben, gegen den Träger der Krone selbst, der es doch Herrn von Bethmann Hollweg in der Osterbotschaft noch ganz ausdrücklich bestätigt hat, daß er die Grundsätze, die dieser für die innerpolitische Neugestaltung Preußen-Deutschlands aufgestellt habe, vollkommen billige. Gewiß, der Reichskanzler und Ministerpräsident trägt die staatsrechtliche Verantwortung für alle Regierungshandlungen, und es ist völlig in der Ordnung, daß die offene Kritik, die selbstverständlich auch der konservativen Partei nicht verwehrt sein kann, sich an die Adresse des verantwortlichen Ratgebers wendet. Aber eine solche Kritik darf nie übersehen, daß sie indirekt doch immer mit mathematischer Sicherheit den Monarchen selbst, solange er seinem Ratgeber das Vertrauen erhält, in

*) Vgl. Arbeiterinteresse und Friedensziele. Vortrag, gehalten von Generalsekretär Stegerwald auf der Konferenz der Vertrauensleute der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am 6. Mai in Essen. Köln 1917. Christlicher Gewerkschaftsverlag. Der Vortrag verdient die ernsteste Beachtung aller politisch Interessierten.

Mitleidenschaft zieht; sie muß daher, wenn sie von treu monarchischer Seite ausgeht, unbeschadet aller Offenheit und allen Freimuts, unbeschadet des Männerstolzes vor Königsthronen, stets so gehalten sein, daß sie den Monarchen nicht verletzen und kränken kann. Ich überlasse es Ihrer eigenen Einsicht und Selbsterkenntnis, Herr von Heydebrand, ob Ihre Herforder Kritik diese für jeden treuen Monarchisten selbstverständliche Grenze noch eingehalten hat. Nach meinem persönlichen Gefühl konnten Sie den Hohenzollernstolz kaum tiefer treffen und verwunden, als indem Sie der „hängen“ Frage Ausdruck gaben: „Wer regiert denn jetzt augenblicklich im Deutschen Reiche? Regiert noch unser Kaiser und König? Oder regiert Herr Scheidemann die Welt?“ Eine solche Fragestellung hätte um so mehr vermieden werden müssen, als sie innerlich völlig unwahr, ja geradezu absurd ist. Oder glauben Sie, Herr von Heydebrand, daß unser Kaiser und König, als er den Anstoß zur Friedensbotschaft und zur Osterbotschaft gab, dem Gebot des Herrn Scheidemann und nicht der freien und hochherzigen Regung seines Innern folgte? Im übrigen, Herr von Heydebrand, wie verträgt sich Ihre Fragestellung mit dem eben erst wieder in der deutsch-konservativen Delegiertenversammlung in Breslau festgestellten konservativen Prinzip: „Die Person unseres Königs scheidet für uns aus der politischen Diskussion vollkommen aus, andererseits werden wir uns aber jederzeit das Recht der Kritik an der Politik des gerade im Amte befindlichen Staatsmannes vorbehalten?“ Ihre eigene Entgleisung zeigt, daß dieses Prinzip gar nicht haltbar ist. Der „Vorwärts“ hat vollkommen recht, wenn er in seinem Leitartikel vom 7. Juni die innere Unwahrhaftigkeit eines solchen *modus procedendi* geißelt. Der „Vorwärts“ hätte sich für seine Auffassung auf keinen Geringeren als den geistigen Nährvater und das Haupt des preussischen Konservatismus, den Staatsrechtslehrer Fr. Julius Stahl, berufen können, der in seiner Schrift „Das monarchische Prinzip“ geradezu verlangt, es müsse nach monarchischem Prinzip verpönt sein, die Regierungsakte so zu bezeichnen, als wenn sie von den Ministern statt vom Könige ausgingen, und der das auch in die parlamentarischen Geschäftsordnungen eingedrungene Verbot, den Fürsten zu nennen, eine der stärksten Verletzungen des monarchischen Prinzips nennt, das nur scheinbar dazu diene, die Erhabenheit des Fürsten zu sichern, in Wahrheit ihn aber beseitige. Nach einer so hohen konservativen Autorität wie Stahl würde also durch die innere Unwahrhaftigkeit einer Taktik, die den verantwortlichen Ratgeber und Vertrauensmann der Krone in den Staub zieht, gleichzeitig aber die *reservatio mentalis* hinzufügt: „von dem Könige sprechen wir nicht,“ nur der König selbst — beseitigt! Glauben Sie, Herr von Heydebrand, daß der Träger der Krone nicht von sich aus die gleichen Schlüsse ziehen wird? Glauben Sie im Ernst, daß er, wenn Sie und Ihre Gefolgschaft im konservativen und alldeutschen Lager, ihr Möglichstes tun, um den ausgesprochenen Vertrauensmann des Monarchen zu stürzen, Ihrer Aufforderung: „Wir erwarten, daß der König uns ruft. Hier sind wir“ folgen wird? Sie

rufen wird, nicht etwa um die von ihm für richtig erkannte Politik durchzuführen, denn die ist ja nach der innersten Meinung Ihrer Herforder Rede — seien wir ehrlich! — eine Politik haltloser Schwäche, sondern um die vermeintlich bedrohten Rechte des Monarchen zu retten, die Sie, päpstlicher als der Papst, monarchischer als der Monarch, selbst dann unter allen Umständen festhalten wollen, wenn der Monarch einen Teil von ihnen auf das zur freien und freudigen Mitarbeit im Staate berufene Volk zu übertragen möglich fände? Sie können es selbst nicht glauben, daß der König Sie unter solchen Umständen rufen wird, können es nicht einmal wollen, denn es bedeutete die Unterwerfung der Krone unter ein konservatives Parteiregiment. Ihre Politik, Herr von Heydebrand, müßte in ihren Konsequenzen die konservative Partei vor die wahrhaft verhängnisvolle Alternative stellen: Bruch mit der Krone oder Unterwerfung der Krone unter Ihren Willen! Es gibt aus dieser Lage, zu der Sie hintreiben, nur einen Ausweg, wie mir scheint: Änderung Ihrer, der konservativen Politik. Oder können Sie noch irgendeine Zukunftsmöglichkeit für Ihre Partei sehen, wenn diese auf die Dauer des Zusammenhangs mit Thron und Altar verlustig ginge? Worauf sollte sich Ihre Partei denn noch gründen, wenn diese beiden natürlichen, einzig möglichen Grundlagen der konservativen Partei ihr wirklich unter den Füßen davonglitten? Etwa auf die Autorität eines Bismarck, dessen stolzes Erbe ungeschmälert zu erhalten jetzt so oft in konservativer und alldeutscher Presse als höchste konservative Aufgabe reklamiert wird? Ich fürchte, darüber werde ich mich noch weiter mit Ihnen aussprechen müssen. Oder auf eine reine Macht- und Interessenpolitik, wie sie die Alldutschen auf der einen, die Agrarier und Schwerindustriellen auf der anderen Seite vertreten? Dann wird es eine konservative Partei nur noch dem Namen, nicht dem Wesen nach geben. Oder gar auf Ihre persönliche Autorität? Ach, ich glaube, die könnte leicht ins Wanken geraten, sobald erst einmal in Ihren Reihen erkannt wird, wohin die Reise von Herford aus geht. Und diese Erkenntnis kann nicht mehr fern sein. Sie spricht schon aus der warnenden Rede, die der Hospitant der konservativen Landtagsfraktion, der Abgeordnete Wallbaum, in demselben Herford, in dem Ihre verhängnisvolle Rede erscholl, in den letzten Tagen gehalten hat: Wer die Einigkeit des Volkes störe, das Vertrauen zur Regierung untergrabe, der versündige sich am deutschen Volk und seiner Zukunft. Es ist vielleicht von symptomatischer Bedeutung, daß diese Warnung von einer Seite kommt, die mitten in der christlich-sozialen Bewegung steht. Eine Erneuerung und Verjüngung der konservativen Partei, die dringend notwendig ist und auf die ich vertraue, weil ich aus voller Überzeugung an die Lebenskraft des konservativen Prinzips glaube, kann nur vom Christentum und Sozialismus her — dies Wort in seiner reinen und idealen Bedeutung genommen — erfolgen.

Das eine steht jedenfalls fest, und ich hoffe, auch Sie, Herr von Heydebrand, werden es unterschreiben, obwohl mir Ihre Politik damit nicht in Ein-

Klang zu stehen scheint: Die konservative Partei wird eine wahrhaft christliche und eine wahrhaft monarchische Partei sein, oder sie wird nicht sein.



Golgatha

Klang's wie ein Märchen nicht? „Es war einmal,
Da starb des Menschen Sohn am Marterpfahl“ — —
Wir dünkten uns so klug; wir waren stolz
Und schritten gern vorbei an jenem Holz,
Wo einsam und verkannt der Beste hing,
Der uns zum Heil ins bitt're Sterben ging.
Wie warst du fern und bist uns jetzt so nah,
Du stiller Dpfertag auf Golgatha!

Allüberall ist Kreuz an Kreuz gestellt,
Tod hat zu Tod, Schmerz sich zu Schmerz gefellt,
Und jede Mutter trifft das heiße Blei,
Und jede hört vom Kreuz herab den Schrei:
„Mich dürstet!“ — hört in ihres Herzens Nacht
Des Sohnes letzten Gruß: „Es ist vollbracht . . .“
Wie warst du fern und bist uns jetzt so nah,
Du stiller Dpfertag auf Golgatha!

Karl Berner

